Offenes Blatt

DIE LINKE. Schwerin

April 2013

In dieser Ausgabe:

Fachkräftemangel - was nun?	Seite 3
Faul oder unfähig?	Seite 4
Erinnern, um zu widerstehen	Seite 6
Heraus zum 1.Mai	Seite 8

„Ein Abend mit …“

Auf diesem Wege möchte ich herzlich zu meiner nächsten Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Ein Abend mit….“ am **2. Mai 2013, 17.00 Uhr, Bürgerbüro DIE LINKE, Martinstr. 1/1 a,** einladen.
Mein Gast ist diesmal Kerstin Rudek, in Dannenberg geboren und dem Wendland verbunden. Als Mitarbeiterin und später auch 5 Jahre als Sprecherin engagiert sich Kerstin seitdem gegen den Einsatz der Atomkraft und die Nutzung des Salzstocks Gorleben als Endlager. Sie gilt als ausgewiesene Expertin im Bereich der Anti – Atomkraft Bewegung, kümmert sich jedoch auch um Themen, wie Fairer Handel, die Energiewende und soziale Fragen. Ihr Engagement hat sie auch selbst nach Japan geführt, 2012 besuchte sie u.a. Fukushima, Iwashima und Hiroshima. Einige Impressionen wird sie in Form von Bildern auch zeigen. Kerstin war Direktkandidatin unserer Partei bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Niedersachsen. Ich habe sie im Rahmen unserer Wahlkampfunterstützung kennen lernen dürfen und bin überzeugt, es wird ein spannender Abend.

Henning Foerster

Dietmar Bartsch führt die LINKE. M-V in den Bundestagswahlkampf



Die gesamte Liste:

1. **Dr. Dietmar Bartsch**
2. **Heidrun Bluhm**
3. **Kerstin Kassner**
4. **Steffen Bockhahn**
5. **Dr. Martina Bunge**
6. **Torsten Koplin**
7. **Thomas Sarzio**
8. **Horst Krumpen**
9. **Hans-Georg Woest**

118 Vertreterinnen und Vertreter aus dem gesamten Landesverband sind heute in Göhren-Lebbin zusammen gekommen, um die Landesliste für die Bundestagswahl im September zu wählen. Als Gast sprach Helmuth Markov, Finanzminister in Brandenburg. Zum Spitzenkandidaten wurde Dr. Dietmar Bartsch gewählt. Er erhielt 92,4% der Stimmen. Der 20-jährige Gegenkandidat Hans-Georg Woest erreichte 2,9%. Um Platz 2 bewarb sich Heidrun Bluhm, Landesvorsitzende der LINKEN im Land. Sie erhielt 90,7% der Stimmen. Für den 3. Platz der Landesliste gab es zwei Bewerbungen: Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge und Kerstin Kassner, ehemalige Landrätin von Rügen. Die Entscheidung fiel denkbar knapp aus: 47,2% : 52,8%. Damit belegt Kerstin Kassner Platz 3. Steffen Bockhahn, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter aus Rostock, bewarb sich um den 4. Platz. Auch Hans-Georg Woest trat noch einmal an. Am Ende setzte Steffen Bockhahn sich mit 81,9% zu 12,4% durch. Für Platz 5 kandidierte Dr. Martina Bunge erneut. Sie erhielt 83% der Stimmen.
Um Platz 6 bewarb sich Torsten Koplin und bekam 89,6%.

8.Mai Tag der Befreiung

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten lädt ein, am 8.Mai 2013 um 10.00 Uhr auf dem Ehrenfriedhof auf dem Platz der Opfer des Faschismus an der Gedenkfeier zum Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus teilzunehmen. Wir rufen alle Schwerinerinnen und Schweriner auf, gemeinsam mit uns dieser Menschen zu gedenken. Als Redner konnten wir unseren Kameraden und Genossen Helmut Holter (Vorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE) und Genossen Henning Foerster (MdL DIE LINKE) gewinnen. Im Anschluss gehen wir zur Lesung im Gedenken an den 80. Jahrestag der Bücherverbrennung in die Mecklenburg Straße, Höhe Post.

Wort zum Monat



Von Peter Brill

Manchmal ist es so, dass ich gar nicht weiß, wo ich eigentlich anfangen soll.
Wir haben die Landesliste für den Bundestag gewählt. In Berlin wurde der Entwurf des Bundestagswahlprogramms als Leitantrag an den Bundesparteitag verabschiedet. Wieder einmal gab es Post aus Berlin. Bei Frau Merkel ist erschreckend, was sie sagt und bei Herrn Steinbrück, was er nicht sagt.
Beginnen wir einfach chronologisch.
In Göhren-Lebbin hat die LandesvertreterInnenversammlung getagt und die Liste unseres Landesverbandes für die Bundestagswahl beschlossen. Überraschend gab es einen Gegenkandidaten für Dietmar Bartsch, einen jungen Genossen aus Wismar, Hans-Georg Woest. Dietmar wurde mit über 90% zum Spitzenkandidaten gewählt. In seiner Rede lieferte er aus meiner Sicht ein entscheidendes Argument für den Wahlkampf. Es gibt in diesem Lande nur eine Partei, die glaubhaft erklären kann, wir wählen Frau Merkel nicht. Die SPD schielt auf die große Koalition, die Grünen haben in Baden-Württemberg ihre Unschuld endgültig verloren, als sie um der Macht Willen mit der CDU in eine Koalition gegangen sind. CDU und FDP wählen Frau Merkel natürlich, wenn es denn zusammen reicht. Nur DIE LINKE. kann wirklich ehrlichen Herzens sagen: „Wir wählen Frau Merkel nicht!“
Auf Platz zwei kandidiert unsere Landesvorsitzende und auf Platz drei Kerstin Kassner, unsere ehemalige Landrätin von Rügen. Knapp gewann sie den Wahlgang um Platz drei gegen Martina Bunge. Wer sagt, sie wurde vom Parteitag abgewatscht erzählt Quatsch, es war ein Unterschied von sechs Stimmen. So landete Martina auf Platz fünf hinter Steffen Bockhahn. Platz sechs ging an Torsten Koplin und auf den Plätzen folgten dann Thomas Sarzio, Horst Krumpen und Hans-Georg Woest. Mit dieser Liste können wir getrost in den Wahlkampf ziehen. Zusammen ergibt sich ein vielfältiger Mix an Kompetenzen, die im Wahlkampf geschickt genutzt werden müssen.
Am selben Wochenende beriet in Berlin der Parteivorstand über den Entwurf unseres Bundestagswahlprogramms. In Diskussionen vor Ort hatte es zahlreiche Ideen gegeben, die zu einem großen Teil auch Eingang in den Entwurf fanden. Auch Beiträge aus unserer Regionalkonferenz in Lübeck haben Eingang in das Papier gefunden. Nur eins ist nicht geschehen – das Programm ist nicht kürzer geworden. Trotzdem ist es eins: „100 % sozial!“ Wir alle sind jetzt aufgefordert uns einzumischen in die Programmdebatte. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, liegen die Überlegungen zum Wahlprogramm im OB mit bei. Lest es euch durch, beschäftigt euch damit, damit wir den Bürgern Auskunft geben können.
Der Wahlkampf hat derweil längst begonnen. Frau Merkel sinniert öffentlich darüber, dass der Mindestlohn die Ursache für wirtschaftlichen Niedergang ist. Nun sind es also nicht mehr die Spekulanten und Banken, die die Krise hervorgerufen haben, sondern die Mindestlöhne. Dass ein gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn ein Beitrag zur Binnenkonjunktur darstellen kann - bei „uns Angie“ Fehlanzeige. Aus meiner Sicht wird beispielsweise in Griechenland deutlich, dass die Wirtschaftskraft der untergehenden Banken dazu führt, dass die positiven Effekte eines Mindestlohnes mehrfach ausgeglichen werden und es somit insgesamt ein wirtschaftliches Minus ergibt. Eines steht jedoch fest, die Rettungspakete für Griechenland führten dazu, dass dort mittlerweile eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 % herrscht. Eine Politik mit diesem Ergebnis kann man nur gescheitert nennen, ob es Frau Merkel passt oder nicht.
Herr Steinbrück dagegen verschweigt Wesentliches. Wie es mit Hartz IV weiter gehen soll, dazu auf dem Parteitag der SPD kaum ein Wort. Ideenlosigkeit oder Unfähigkeit die Realität zu erkennen? Ich fürchte bei Herrn Steinbrück und weiten Teilen seiner SPD beides. Manchmal ist eben entscheidend, was nicht gesagt wird.
Am Freitag dann gab es Post aus Berlin. Einige Genossinnen und Genossen fühlten sich von der neuen Gedenktafel am Berliner Karl-Liebknecht-Haus brüskiert. Sie hatten sich an die Geschäftsstelle gewandt und ich hatte die Mail an unseren Bundesgeschäftsführer weiter geleitet.
Die Gedenktafel hat folgenden Text: „Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden.“
Persönlich, das möchte ich an dieser Stelle sagen, kann ich mich voll und ganz hinter die Inschrift stellen. Dabei unterstütze ich ausdrücklich die Position von Matthias Höhn, wenn er sagt, dass diese Opfer in der bürgerlichen Geschichtsschreibung oft vernachlässigt werden. Leider jedoch nicht nur dort. Auch vielen Linken fällt es schwer, sich damit auseinanderzusetzen. Verständlich ist dies aus meiner Sicht aber auch, zeigt sich hier doch, wie linke Ideen, beginnend bei Menschenwürde und dem Recht auf Leben, verraten wurden. Ein trauriges Kapitel linker Geschichte, dass, wie Matthias Höhn betonte, vor damaligen Mitarbeitern des Karl-Liebknecht-Hauses nicht Halt gemacht und auch dort seine Opfer gefordert hat.
Wenn es hier chronologisch zuging, zum Schluss ein kleiner Blick in die Zukunft. Die Gewerkschaften und Parteien laden ein zum 1. Mai auf den Marktplatz. Wir werden natürlich mit unserer Kaffeeecke und einem Bastelangebot für Kinder wieder dabei sein. Um 10.00 Uhr ist die Eröffnung und wir würden uns an unserem Infostand über viel selbst gebackenen Kuchen sehr freuen. Ein buntes Bühnenprogramm sorgt für gute Unterhaltung und inhaltlich geht es um 11.30 Uhr zur Sache. Dort hat der DGB die Direktkandidaten zur Bundestagswahl eingeladen. Natürlich können wir jeden gebrauchen der seinen Beifall für Dietmar Bartsch gibt, denn der Wahlkampf hat schon lange begonnen.



„Fachkräftemangel und was nun?“

Erste landesweite Betriebs- und Personalrätekonferenz von Landtagsfraktion und Landesverband DIE LINKE MV



Auf großes Interesse stieß die Betriebs- und Personalrätekonferenz der LINKEN, die am 4. April in den Schweriner Rittertuben stattfand. Damit fand ein Parteitagsbeschluss Umsetzung, der auf eine Initiative der LAG Betrieb und Gewerkschaft zurückging. Dabei war die Bandbreite groß, von kleineren Betrieben, wie dem Palettenbau Wismar, bei dem mutige Kollegen gerade erst einen Betriebsrat gegründet haben, über Personalräte von Stadtverwaltungen und Stadtwerken bis zu den Betriebsräten der DB Netz oder den Werften waren mehr als 70 Arbeitnehmervertreter angereist.

Der Vormittag stand ganz im Zeichen der Impulsreferate. Auf die Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter folgte das Eingangsstatement des gewerkschaftspolitischen Sprechers, Henning Foerster. Dieser schilderte die Ausgangslage in Bund und Land. Demnach sind die 90-iger Jahre mit ihrem Überangebot an Arbeits- und Ausbildungskräften vorbei. Jeden Monat scheiden mehr als 1.200 Beschäftigte altersbedingt aus dem Erwerbsleben aus. Immer noch gibt es mehr als 70.000 Pendler, die in den benachbarten Bundesländern arbeiten. Die in den Betrieben verbleibenden Fachkräfte werden immer älter, 30% der Beschäftigten sind mittlerweile älter als 50 Jahre. Schon in den nächsten 2 Jahren müssen landesweit 25% aller Betriebe Stellen neu besetzen, 69% gehen aber davon aus, dies nicht adäquat tun zu können. Und die Lage am Ausbildungsmarkt hat sich gedreht, es gibt deutlich mehr freie Ausbildungsplätze als Bewerber. Dennoch gäbe es keinen flächendekkenden Fachkräftemangel und stattdessen immer noch einen Lohnabstand von 23% gegenüber dem Bundesdurchschnitt.

Angelika Gramkow, Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt , forderte ein Bekenntnis zu einem leistungsstarken öffentlichen Dienst und die Übernahme des Verhandlungsergebnisses für die Angestellten, auch für die Beamten. Sie verwies auf steigende Arbeitsbelastungen bei älter werdenden Kolleginnen und Kollegen und ein Missverhältnis zwischen der Zahl der ausscheidenden Verwaltungsmitarbeiter und der Ausbildung junger Leute.

Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, verwies auf die bundesweite Entwicklung. Die Zahl der SV-pflichtigen Beschäftigten habe abgenommen, während die Arbeitszeitvolumen gleich geblieben seien. Dies lasse den Schluss zu, dass die Zunahme von Beschäftigung auf einen expandierenden Niedriglohnsektor zurückzuführen sei. Wenn sich die Arbeitskraft tatsächlich in großem Stil verknappen würde, müssten die Arbeitsbedingungen sich doch verbessern. Wo ist denn diese Entwicklung in MV zu sehen?, fragte die engagierte Gewerkschafterin in Richtung der betrieblichen Interessenvertreter. Nach wie vor habe MV die höchste Arbeitslosenquote und das geringste Lohnniveau.

Dass die demografische Entwicklung dennoch in wenigen Jahren zu einem Fachkräftemangel führen kann, verdeutlichte Caren Gospodarek, Geschäftsführerin des Jobcenters Schwerin. Allein bis 2020 müsse MV einen Bevölkerungsrückgang von 14% verkraften. Bedarfsbranchen seien aktuell die Gastronomie, die Hotellerie, und die Gesundheits- und Pflegebranche. Allein im Bereich der Pflege würden 20% mehr Stellen angeboten. Nach ihrer Ansicht braucht es mehr gesellschaftliche Anerkennung für diese Berufssparten. Zudem sei die Politik in der Pflicht, die Jobcenter und Agenturen finanziell so auszustatten, dass eine optimale Qualifizierung und Vermittlung möglich sei. Die Unternehmen müssten zudem weitere Anstrengungen unternehmen, um den Lohnabstand zu verkleinern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu optimieren. Dann bestünde auch eine Chance, Pendler zurück zu gewinnen.

Auf die Erfolge des DGB verwies Ingo Schlüter, stellv. Vorsitzender DGB Nord. So seien das Vergabegesetz mit einer Lohnuntergrenze von 8,50 •, der Ausschluss von arbeitsplatzbezogener Förderung beim Einsatz von Leiharbeit oder die mehr als 107 Maßnahmen im gemeinsamen Fachkräftebündnis von Kammern, VUV und DGB alles Schritte in die richtige Richtung. Er forderte die Optimierung des Übergangssystems Schule/Beruf und regte die Schaffung einer Jugendberufsagentur nach Hamburger Vorbild an, um die Maßnahmen für Jugendliche aus unterschiedlichen Betreuungskreisen optimal zu koordinieren.

Dirk Teichmann, ver.di Experte für den betrieblichen Gesundheitsschutz , rundete den Vormittag ab. Er verwies auf die Möglichkeiten im Rahmen bestehender Gesetze und kritisierte die zögerliche Nutzung des Instrumentes der Gefährdungsbeurteilung auf der betrieblichen Ebene. Die Betriebs- und Personalräte müssten die Arbeitgeber nach seiner Auffassung mit Initiativanträgen zum Thema Gesundheitsschutz treiben und Instrumente, wie MA Befragung, AU Datenanalyse oder Gefährdungsbeurteilungen stärker nutzen. Die Politik sei in der Pflicht, für eine angemessene Personalausstattung in den Gewerbeaufsichtsämtern zu sorgen. In den letzten Jahren sank die Zahl der Mitarbeiter dort von 149 auf nur noch 82. Die besten Ideen, wie die Verabschiedung einer „Anti-stressverordnung“ und deren Integration ins Arbeitsschutzgesetz würden nichts nutzen, wenn sie nicht wirksam kontrolliert werden können.

Der Nachmittag gehörte dann der Arbeit in drei Workshops. Dabei wurden die Anforderungen an die Fachkräftegewinnung aus Sicht von BR/PR/JAV, die Frage des gesund durchs Erwerbsleben kommen und die Frage einer fairen Entlohnung als Basis für die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften diskutiert. Die Vielfalt der angesprochenen Themen entsprach dabei den unterschiedlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Betriebsgrößen und Branchen. Die Workshopleiter Barbara Borchardt (LAG Betrieb & Gewerkschaft, MdL), Jan Kuhnert (IG Metall) und Henning Foerster (LAG Betrieb & Gewerkschaft, MdL) fassten die Arbeitsergebnisse abschließend zusammen.

Demnach soll sich die LINKE im Landtag unter anderem für eine Verbesserung der Situation an den Berufsschulen einsetzen, weiterhin konsequent die Situation in Bereichen mit prekärer Beschäftigung thematisieren (auch an den Hochschulen) und Alternativen aufzeigen, die Vorbildfunktion der Landesregierung in Sachen Gesundheitsprävention für die Ministerien und nachgeordneten Behörden einfordern, weiter Druck auf den Hotel- und Gaststättenverband machen, um die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu verbessern, die Qualifikation Arbeitsloser einfordern, damit deren Potential nutzbar wird sowie die Jugend- und Schulsozialarbeit auf ein finanziell sicheres Fundament stellen.

Viel Arbeit also auch in den kommenden Jahren, wie Helmut Holter in seinem Schlusswort feststellte. Er dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre engagierte Mitarbeit und sagte zu, die Konferenz zu einem regelmäßigen Gesprächsangebot zwischen der LINKEN und den betrieblichen Interessenvertretungen weiterzuentwickeln.

Henning Foerster besucht die Volkshochschule

„Von der Aula unterm Dach über die Fachkabinette bis zur Fotoausstellung im Keller habe ich mir alles in Ruhe anschauen können“, sagte der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvize der LINKEN in der Schweriner Stadtvertretung. Seinen dreistündigen Rundgang nutzte Foerster auch für Gespräche mit Mitarbeiterinnen. „Ich bin beeindruckt von den Möglichkeiten, die hier geschaffen wurden. Die Räumlichkeiten sind bestens ausgestattet, ganz gleich, ob es sich um die Keramikwerkstatt, die Ateliers, die Sprach- und Computerkabinette oder die Sporträume handelt.“

Anlass für den Besuch des Linkspolitikers war die städtische Diskussion um die künftige Nutzung der Schelfschule, ausgelöst durch die Kapazitätsengpässe in Grundschulen, Horten und Kindertagesstätten der Innenstadt. Die Stadtvertretung hatte im Januar 2013 beschlossen, die Fortschreibung der Kitabedarfs- und der Schulentwicklungsplanung mit dem Ziel fortzuschreiben, Doppelbelegungen künftig zu vermeiden und dabei einen Prüfauftrag ausgelöst, der einen Neubau ebenso umfasste, wie die Nutzung der Schelfschule. „Das dieses Problem ernsthaft diskutiert werden muss, ist unbestritten. Vor diesem Hintergrund wundert mich sehr, dass der zuständige Dezernent bis heute keinen Vorschlag auf den Tisch gelegt hat.

Allerdings neige ich nach meinem Besuch dazu, einer Neubauvariante den Vorzug zu geben. Alle größeren Städte der Bundesrepublik forcieren zentrumsnahe Volkshochschulangebote. Der größte Teil der Besucher unserer Einrichtung kommt aus der Innenstadt oder den innenstadtnahen Bereichen. Dabei macht die Altersgruppe der 50 bis über 65-jährigen die Masse der Kursteilnehmer aus. Wir haben eine Gesamtverantwortung für die Stadtgesellschaft, daher möchte ich keine Debatte, in der am Ende die berechtigten Interessen von Eltern mit Kleinkindern gegen die der VHS-Besucher gestellt werden“, so Foerster weiter.

Auch finanzielle Aspekte dürften bei einer Betrachtung von Bedeutung sein. „In den Standort sind 4 Millionen EUR geflossen, davon allein 1,2 Millionen in die Schelfschule und 250.000 EUR in die technische Ausstattung der Räume. Ob das alles eins zu eins ab- und woanders wiederaufzubauen ist, wage ich zu bezweifeln. Zudem hat sich das Zusammenspiel der Kultureinrichtungen mit dem Kulturbüro an diesem Standort bewährt. Ich bedanke mich für die anregenden Gespräche und empfehle jedem Kollegen, sich durch einen Vorort-Besuch ebenfalls einen eigenen Eindruck zu verschaffen, so Foerster abschließend.

Faul oder unfähig?

Ich frage mich: Wie lange will sich die Stadtvertretung den Arbeitsstil ihres Sozialdezernenten Dieter Niesen noch gefallen lassen? Seit Jahren gibt es Beschwerden der Schwerinerinnen und Schweriner über die Arbeitsbewältigung durch den Sozialdezernenten der Stadt. Seit Jahren scheint so etwas die Stadtvertretung nicht zu interessieren. Vor kurzem erzählte mir eine Bekannte, dass ihre Anträge zur Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung seit Ende 2012 nicht bearbeitet wurden. Ich stelle mir da die Frage: Hat der Sozialdezernent nicht mitbekommen, dass für die Abarbeitung dieser Anträge Personalkosten von der Bundesregierung bereitgestellt werden? Ist es Unfähigkeit oder Faulheit?

Entwickelt sich da unter dem Schutz der kommunalen Koalition aus SPD/Grünen, CDU/FDP und Unabhängigen Bürgern ein zweiter, völlig überforderter und überbezahlter Junghans? Seit Jahren gibt es Probleme bei der Kita-Planung, doch der neue Kita-Bedarfsplan kommt aus dem Sozialdezernat nicht in die Stadtvertretung, weil Niesen blockiert! Seit Jahren gibt es Ärger wegen der fehlenden Hortplätze in der Innenstadt, doch der Sozialdezernent blokkiert. Doch es ist nicht Faulheit! Es ist das politisches Kalkül der SPD. Wenn die Landeshauptstadt Schwerin deutschlandweit als Blockierer der Sozialpolitik wahrgenommen wird, wird nicht der faule Dezernent erwähnt, sondern die Linke OB, die das nicht in den Griff bekommt. So lässt die SPD die Entwicklung unserer Stadt an ihren bundespolitischen Zielen scheitern. Ich frage Herrn Meslin: Sie wollten doch frischen Wind nach Schwerin bringen, doch warum lassen Sie im Bereich der Tätigkeit des Sozialdezernenten diesen faulen Pestgeruch zu? Ich frage die Herren Ehlers, Böttger und Horn: Wann beenden Sie diese Blockade der Stadt durch den Sozialdezernenten? Wie ernst nehmen Sie sich und ihre Beschlüsse, die wieder und wieder nicht oder verspätet umgesetzt werden? Ein Populist würde sagen, wir sparen uns diese Funktion ein und erhalten damit den Speicher. Herr Niesen, Sie werden von den Steuergelder der Schwerinerinnen und Schweriner bezahlt und zwar gut bezahlt, zeigen Sie, dass Sie sich dieses Geld auch verdienen. Ich könnte jetzt mit dem Druck auf die Tränendrüsen beenden und schreiben: das geschieht alles auf dem Rücken der finanziell(!) Schwachen und deren Kinder, will ich aber nicht! Ich möchte den Schweriner Journalisten die Frage stellen: Haben Sie diese Schlamperei nicht bemerkt oder warum berichten Sie nicht darüber? Bei Junghans waren Sie da viel besser und da haben Sie doch auch den Dezernenten direkt kritisiert und nicht den damaligen OB Claussen. Liegt das am Parteibuch der heutige Oberbürgermeisterin? Ich hoffe nicht!

Michael Strähnz

Linksfraktion überreicht Fernsehausstattung

„Nach einem Besuch von Mitgliedern meiner Fraktion in den neuen Übergangswohnungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Stadtteil Mueßer Holz Ende Februar beschlossen wir kurzerhand, die Bewohnerinnen und Bewohner mit einer Grundausstattung für den Empfang von deutschsprachigen Fernsehprogrammen zu unterstützen. Jede und jeder Abgeordnete der Linksfraktion hat dafür eine Spende erbracht, von der wir für alle Wohneinheiten DVB-T-Receiver und Antennen kaufen konnten.

Es ist wichtig, dass die Asylbewerberinnen und Asylbewerber Zugang zu Medien und Informationen bekommen und zum anderen, dass sie sich durch den täglichen Kontakt, das Hören, Sehen und Verstehen-Wollen schneller an die deutsche Sprache gewöhnen können.

Ich denke, unsere Spende ist ein kleiner konkreter Schritt, der hilft, den Zugang und den Kontakt zu den Einheimischen und ein gutes nachbarschaftliches Miteinander zu ermöglichen. Meine Fraktion fordert darüber hinaus, dass landesweit für Asylbewerberinnen und Asylbewerber verbindliche Sprachkurse angeboten werden, die deutsche Sprachkenntnisse auf einem Niveau vermitteln, mit dem sie sich einfach und verständlich im Alltagsleben ausdrükken und verständigen können.“

Helmut Holter

Alle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion unter www.linksfraktionmv.de

Aurel von Jüchen und Karl Kleinschmidt I

Liebe linke Genossen,
Von 1944-1951 wohnte ich in Schwerin. Ich bin Jahrgang 1941. Trotzdem erinnere ich mich sehr gut an diese Zeit.
Meine Mutter war damals im Kulturbund aktiv (irgendwo an der Dom-Seite des Pfaffenteiches). Sie lernte Karl Kleinschmidt und Willy Bredel kennen, die beide auch ihre Bürgen wurden, als sie gleich nach der Vereinigung in die SED eintrat. Das Zusammengehen von SPD und KPD war damals ein Bedürfnis von unten und von Zwangsvereinigung kann zumindest dort in Schwerin wohl keine Rede gewesen sein.
Aus aktuellem Anlass habe ich mich jetzt für Karl Kleinschmidt, der auch die Rede am Grab meiner Mutter hielt, interessiert. Wie ich bei Wikipedia lese, habt ihr verhindert, dass die „Karl Kleinschmidt Str." in „Aurel von Jüchen Str." umbenannt wurde. Aus diesem Grunde schreibe ich euch. Als Aurel von Jüchen plötzlich verschwand, er wohnte damals wohl in der Nähe des Schelfmarktes (wo wir damals wohnten), hat Karl Kleinschmidt äußerst intensiv und mit viel Engagement und entschiedenem persönlichen Einsatz bei der sowjetischen Militäradministration vorgesprochen und sich nach seinem Verbleib erkundigt. Er hat entschieden erklärt, dass Aurel von Jüchen kein Gegner der neuen Ordnung sei und dass es sich hier nur um eine Denunziation handeln könne. Er hat trotz aller Bemühungen nichts in Erfahrung bringen können, was ihn, meine Mutter und das Umfeld im Kulturbund sehr verärgert hat.
Auch bei Wikipedia lese ich, dass Aurel von Jüchen 1949 aus dem Kulturbund und auch aus der SED ausgeschlossen wurde. Kleinschmidt hat also mit seinem Einsatz für von Jüchen viel Zivilcourage gezeigt und sich keineswegs als höriger Parteisoldat verhalten.
Wahrscheinlich sind euch diese Tatsachen bekannt. Dennoch wollte ich euch meine Erinnerungen mitteilen und euch zu eurem Erfolg gratulieren.
Da meine Mutter uns Jungens immer zu allen Veranstaltungen mitnahm und wir auch oft im Hause Kleinschmidts waren, bei seiner Frau Mimi und seiner Kinderschar, kann ich mich an die Vorgänge dieser Zeit gut erinnern.

Weiter viel Erfolg wünscht
Dr. Frank Rauhut

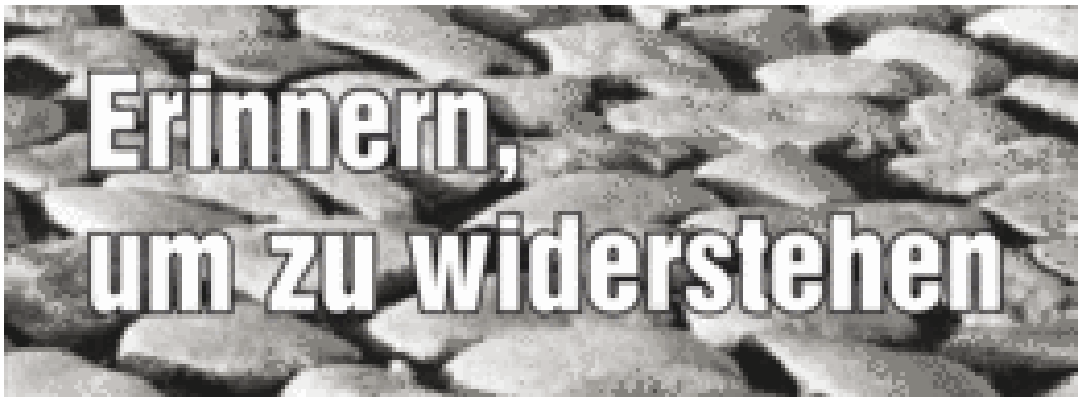
Aurel von Jüchen und Karl Kleinschmidt II

Sehr geehrter Herr Rauhut,
die durch die CDU/FDP-Fraktion versuchte Umbenennung war ein Versuch, Aurel von Jüchen und Karl Kleinschmidt gegeneinander auszuspielen. Wir wollten das Verhindern und ich habe damals vorgeschlagen, einen Teil der Benno-Völkner-Straße nach Aurel von Jüchen zu benennen um damit auch die Verbundenheit beider zu dokumentieren. Wir konnten die Karl-Kleinschmidt-Straße zwar erhalten, aber so groß war die Liebe der bürgerlichen Parteien zu Aurel von Jüchen nun auch wieder nicht, dass die Stadtvertretung unserem Antrag zugestimmt hätten.
Sie finden weitere Informationen zu Aurel von Jüchen unter der Web-Site des Bund Religiöser Sozialisten Deutschlands (www.brsd.de). Zum BRSD finden Sie auf der Website www.trend.infopartisan.net einen geschichtlichen Überblick.
Michael Strähnz

Erinnerungsbibliothek DDR

Es begann mit einem Artikel im „Neuen Deutschland". Im Dezember 2011 wurde Dr. Funda, Veterinärmediziner aus Stassfurt, mit seinen auf über 400 Seiten festgehaltenen Erinnerungen in der Zeitung vorgestellt. Es war nicht vorauszusehen, was dieses Interview auslösen würde. Er erhielt Briefe und Anrufe aus allen Neubundesländern von Menschen, die sich mit seinem Anliegen identifizierten, die selbst begonnen hatten, ihr Leben aufzuschreiben, und die ihm ihre Bücher und Manuskripte zusandten.Diese spontane Reaktion auf den Presseartikel hat gezeigt: Es besteht ein starkes Interesse bei den Menschen, der offiziellen einseitigen Geschichtsschreibung, die die DDR wider besseres Wissen auf Mauer, Stasi und Unrechtsstaat reduziert, das eigene individuelle Erleben mit allen Licht- und Schattenseiten gegenüberzustellen. Die Motive des Einzelnen sind so verschieden wie zahlreich. Für die Einen ist es das Bedürfnis, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen und ihr Leben kritisch zu hinterfragen. Für andere ist es der Wunsch, den Enkeln und nachfolgenden Generationen ein Bild zu hinterlassen, wie sie in dem Staat DDR gelebt, gearbeitet, gelernt, gefeiert haben.
Vor diesem Hintergrund entstand der Verein „Erinnerungsbibliothek DDR e.V."
Aus der Verantwortung für die große Zahl der zugesandten Bücher und Manuskripte, inzwischen sind es fast 300, und aus Verantwortung gegenüber den Autoren wurde es zwingend, im August 2012 einen gemeinnützigen Verein zu gründen. Dieser hat es sich zur Aufgabe gemacht, die literarischen Zeugnisse aus allen Lebensbereichen zu erfassen, sie in einem geschlossenen Bestand zusammenzuführen und so authentische Quellen von zeithistorischem Wert für die Forschung insbesondere auch der späteren Generationen zu erschließen und zu bewahren.
Manch einer mag fragen: Welchen Wert haben die als persönliche Erinnerungen geschriebenen Bücher und Manuskripte, herausgegeben im Eigenverlag oder einem Buchverlag, tatsächlich für die Beurteilung eines geschichtlichen Prozesses? Die Antwort auf diese Frage finden wir bei Johannes R. Becher, der die Ansicht vertrat: *Auch der unscheinbarste Mensch hat seine Geschichte, und die Geschichte der unscheinbaren Menschen ist bedeutend interessanter und lehrreicher als die Geschichte vieler berühmter Menschen, zumal diese für den öffentlichen Gebrauch oft zurecht gemacht wird.* Die Vielzahl und die Differenziertheit der Darstellungen des individuell Erlebten ohne zeitliche und inhaltliche Begrenzung ist gerade in ihrer Gesamtheit geeignet, ein objektives Bild vom Leben der Menschen in der DDR zu vermitteln.
Inzwischen hat der Verein dank der Mitgliedsbeiträge und besonders der Spenden von Interessenten und Unterstützern Mittel zur Verfügung, um Voraussetzungen zu schaffen für eine ordentliche Erfassung und Aufbereitung dieses in seiner Authentizität einmaligen historischen Fundus.
Auf der Hompage www.erinnerungsbibliothek-ddr.de findet der Interessent in alphabetischer Reihenfolge den ersten Teil der bibliographisch aufbereiteten Bücher. Dort sind auch Vereinssatzung, Kontaktadresse und aktuelle Informationen des Vorstandes abrufbar.Gegenwärtig ist der Vorstand damit befasst, eine akzeptable Lösung für die langfristige Aufbewahrung dieser ganz spezifischen Zeitzeugenschaft zu finden, um so auch die Materialien für Interessenten zugänglich zu machen. Selbstverständlich werden dabei die Interessen der Autoren gewahrt, indem auf Wunsch deren Erinnerungen mit einem zeitlich befristeten Sperrvermerk versehen werden können.Durch seine Mitglieder will der Verein sein Anliegen öffentlich machen, andere Menschen zu ermutigen, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, damit noch mehr erlebte Geschichte für die Nachwelt erhalten bleibt.

Dr. Eva-Maria Elsner



2. Mai 1933
Das Ende der freien Gewerkschaften

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Nur wenige Monate später hatten die Nationalsozialisten ihre Macht gefestigt. Mit Propaganda und Terror sollte das deutsche Volk „gleichgeschaltet“ werden. Die nationalsozialistische Ideologie durchdringt bald alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Wer sich dieser Entwicklung in den Weg stellte, wurde rücksichtslos bekämpft. Zu den Opfern zählten auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Nachdem der 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ umfunktioniert wurde, folgten am 2. Mai 1933 die Besetzung der Gewerkschaftshäuser und die Zerschlagung der freien Gewerkschaften. Bereits im April hatte Propagandaminister Goebbels notiert: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt.“ So kam es dann auch, in den Morgenstunden begann der Sturm durch die Rollkommandos von SA und SS. Zahlreiche Funktionäre wurden in Schutzhaft genommen und schwer misshandelt. Das Eigentum der freien Gewerkschaften wurde konfisziert, Unterlagen wurden nicht selten verbrannt. Die freie Gewerkschaftsbewegung war zerschlagen. Mecklenburg erlebte schon 1932 einen schweren Übergriff. Am 10. Juli, wenige Tage vor den Reichstagswahlen, stürmten Einheiten der SA und der SS das Hagenower Gewerkschaftshaus. Dabei starb der Gewerkschafter Fritz Heincke wenige Tage nach dem Überfall aufgrund der dabei erlittenen, schweren Verletzungen. Deshalb ist es nur konsequent, dass sich die Gewerkschaften heute stark im Kampf gegen die geistigen Erben der damaligen Vorfälle engagieren.

Die Stadtteilorganisation Friedrichsthal und der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin trauern um

Genossen Wolfgang Romanski

Wir verlieren mit Wolfgang den Vorsitzenden der Stadtteilorganisation und einen streitbaren Geist. Oberflächlichkeit in politischen inhaltlichen Fragen waren ihm ein Graus. "An allem ist zu zweifeln" - das war auch sein Leitspruch.

Er wird uns fehlen.

Wir mussten Abschied nehmen von unserem

Genossen Günter Lübbe

Günter wurde 80 Jahre alt. Er wird in unserer Erinnerung bleiben als ein freundlicher, überaus hilfsbereiter Genosse. Basisgruppe 103 Weststadt

Herzliche Glückwünsche

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 308 gratulieren auf das herzlichste Ihrem Genossen Karl Seichter nachträglich zum Geburtstag, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen.

++++

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 207 gratulieren recht herzlich Genossin Dr. Jutta Rochhausen zum 75. Geburtstag und wünschen alles erdenklich Gute.
Hanna Wagner feierte am 13.04.2013 ihren 86. Geburtstag.

++++

Allen Geburtstagskindern nur das Beste wünscht der Kreisvorstand Schwerin

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die nächste Ausgabe erscheint am 31.05.2013, Redaktionsschluss ist der 24.05.2013.
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

MEINUNGEN

Nicht die Sowjetunion war schuld

Zu „Es konnte jeden treffen“ (nd 2.4.2013, Seite 3)

Als Sohn deutscher Kommunisten musste ich mit meinen Eltern 1933 aus Berlin emigrieren und lebte 20 Jahre in der Sowjetunion, kenne also die Verhältnisse unter Stalins Herrschaft recht gut. Ich weiß auch, dass die Sowjetmenschen, ungeachtet eventueller Gefahr, die Familien verfolgter Kommunisten, egal woher sie kamen, immer unterstützt haben. Und dass die Sowjetunion – nicht dank, sondern trotz Stalins – den deutschen Faschismus zerschlagen hat, den Zweiten Weltkrieg gewonnen hat, großer Errungenschaften zum Nutzen der Menschen schaffte. Natürlich ist es nicht falsch, die unter Stalins Willkür umgekommenen Kommunisten aller Nationen zu ehren! Nur darf nicht, wie leider oft geschehen, anstatt Stalin und seiner Konsorten die Sowjetunion beschuldigt werden. Deswegen protestieren auch viele alte Genossen dagegen, dass die vorgesehene Tafel die „in der Sowjetunion“ Umgekommenen nennt. Richtig wäre es, die Opfer der Stalinischen Willkürherrschaft zu ehren.

Dr. Peter Tischauer
Berlin

Zu „Lenin. Drama eines Diktators“

Im ND-Artikel von Gunnar Decker vom 19. März 2013, Seite 16, wird dann als zweite Überschrift hinzugefügt: „Folgenschwerer Unfall der Weltgeschichte“. Ein Fragezeichen wird da nicht gesetzt. Man hat also Gewissheit. Das ist mir zu billig und tangiert den Zeitgeist zu offensichtlich. Zu billig ist mir auch, dass „die Oktoberrevolution die Sozialdemokraten behinderte, die doch Anfang des 20. Jahrhunderts in den entwickelten Ländern an der Schwelle zur Mehrheitsfähigkeit standen“.

Ich bin durchaus der Meinung, dass man nach so einer eklatanten und diffamierenden Niederlage wie 1990 alles auf den Prüfstand stellen und hinterfragen muss.

Sind Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte (Benjamin)? Warum konnte der reale Sozialismus sich im Kalten Krieg nicht behaupten?

Bleibt der Sozialismus (natürlich nicht der reale) eine geschichtliche Alternative?

Demokratiedefizite in der Partei und im Staat haben den realen Sozialismus in der Tat entstellt, diskreditiert und schließlich wesentlich zum Scheitern beigetragen. Ich kritisiere das, aber, wie auch Rosa Luxemburg im Streit mit Lenin, aus sozialistischer Sicht. Illusionen und Schutzbehauptungen lehne ich auch ab. Unwissenschaftlich ist aber auch, wie im Film und Zeitungsbeitrag diese Fragen abstrakt ohne die geschichtlichen Bedingungen und Kräfteverhältnisse erörtert werden.

Die Behauptung, der den Klassenkampf von oben ungehemmt weiterführenden Gegner, vom Ende der Geschichte, lehne ich ab. Die „Eröffnung der Horizonte des Möglichen (ND)“ sehe ich optimistischer als Decker, Schütt und Kasten. Die kapitalistisch-imperiale Gegenwart drängt doch dem Denkenden erneut die Frage „Sozialismus oder Barbarei“ auf.

Meine Überlegungen, die ich hier der Kürze wegen nur behaupten kann, sehen sowohl in der Politik, der Ökonomie und im Menschenbild Chancen einer sozialistischen Alternative.

Nur Hohn und Spott haben weder Lenin noch die Millionen einfachen Sozialisten zwischen Pazifik und Elbe verdient.

Willi Lauterbach

Antwortbrief des Bundesgeschäftsführers Matthias Höhn

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für euer Schreiben. Ich will mich gern bemühen, auf die Einwände und Argumente einzugehen.

Zunächst zum Text der Gedenktafel. Es ist gerade nicht so, dass der Text sich gleichermaßen auf Faschisten und Antifaschisten, Kommunisten und Antikommunisten bezieht. Das geschäftsführende Parteivorstand hat beschlossen, gerade an die Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten zu erinnern, die – oftmals auf der Flucht vor dem deutschen Faschismus – in der Sowjetunion zu Zeiten des großen Terrors ermordet wurden. Der Wortlaut auf der Tafel ist:

„Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden.“

Wir bringen die Tafel am Karl-Liebknecht-Haus an, weil von dieser Verfolgung auch Menschen betroffen waren, die hier im Haus für die Kommunistische Partei gearbeitet haben. In der bürgerlichen Geschichtspolitik - gerade bei dem von euch genannten Guido Knopp - kommen diese Menschen kaum vor. Aber auch in linken, kommunistischen Debatten werden sie leicht übergangen – auch weil es besonders schmerzhaft ist, wie viele Menschen, Mitstreiterinnen und Mitstreiter uns in den folgenden Kämpfen gefehlt haben.

DIE LINKE speist sich als Partei und Organisation aus verschiedenen Traditionslinien. Einige standen schon in ihren geschichtlichen Vorläufern gegen den Stalinismus, andere haben bereits vor Jahrzehnten einen Prozess der Aufarbeitung vollzogen – und klar Position bezogen. Wir hatten bei der Beschlussfassung nicht den Eindruck, dass wir diese Entwicklung nochmal betonen müssen, sie gehört zu unserem Profil und unserer Identität. DIE LINKE ist ein linkspluralistisches, offenes Projekt. Aber es ist doch auch unsere Aufgabe, an die Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu erinnern, die wir in der Vergangenheit verloren haben – und die in vielen Punkten ja für dieselbe Werte, Konzepte, Utopien und Veränderungen gekämpft haben, für die wir uns heute einsetzen. Das schreibt ihr ja selbst. Unser Profil ist bestimmt vom Kampf gegen Armut und Ausbeutung und für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und eine Gesellschaft jenseits von Kapitalismus – selbstverständlich! Unsere tägliche Arbeit dreht sich darum und im Wahlkampf werden wir das natürlich noch verstärken. Auch die Kriminalisierung von Antifaschismus (das betrifft ja auch einen unserer Mitarbeiter), die ihr einfordert, ist ein dauerndes Thema in unser Arbeit, wie auch die kritische Auseinandersetzung mit dem NSU Skandal, wie Alltagsrassismus und der „Extremismus der Mitte“.

Unsere Mitglieder wissen das und die Medien, die Menschen im Land, auch unsere politischen Gegner und Konkurrenten wissen das – da mache ich mir wenig Sorgen. Wir tun all dies – und haben uns entschlossen, das andere nicht zu lassen, nämlich einen kurzen Blick zurück zu werfen und an die zu denken, die so oft vergessen werden.

Ich hoffe, ich konnte euch unsere Entscheidung verständlich machen,

mit solidarischen Grüßen

Matthias Höhn

Kürzungen der Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit stoppen!





Die Linksfraktion unterstützt die Vereine und Verbände in der Kinder- und Jugendarbeit, die u.a. vor dem Landtag in Schwerin gegen die Kürzungen in ihrem Bereich protestiert haben. Es ist höchste Zeit, dass die so wichtige Arbeit auf eine sichere Basis gestellt wird. Die Linksfraktion fordert seit Jahren, die Landeszuschüsse von der Anzahl der 10- bis 26-jährigen Kinder und Jugendlichen zu entkoppeln und einen sachgerechten Sockelbetrag bereitzustellen. Die Kinder- und Jugendverbände machen seit Monaten darauf aufmerksam, dass die Zuschüsse nicht weiter sinken dürfen, weil sonst vieles in diesem Bereich wegbräche.

Um flächendeckende Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit vorhalten zu können, sind verbesserte Rahmenbedingungen erforderlich. Insbesondere muss jetzt für das laufende Jahr abgesichert werden, dass die bereits eingeplanten 85 000 Euro nicht gestrichen werden. Die Jugendverbände haben sich auf die Landeszuschüsse verlassen und damit ihre Jahresplanung untersetzt.

Wie die Kinder- und Jugendarbeit stabilisiert und vorangebracht werden kann, werden wir heute auf der Landtagssitzung mit unserem Antrag ‚Bessere und verlässliche Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendhilfe in Mecklenburg-Vorpommern schaffen' zur Debatte stellen. Ich freue mich auf eine sachliche Diskussion, die wir dann hoffentlich in den Ausschüssen vertiefen können.

Filmvorführung & Gespräch mit „Täve" Schur

Moderation: Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin



Gustav „Täve" Schur, geboren am 23. Februar 1931 in Heyrothsberge / Magdeburg, war in der DDR einer der populärsten Sportler (9x DDR-Sportler des Jahres) und als Radrennfahrer bei den Olympischen Spielen 1956 in Melbourne und 1960 in Rom erfolgreich. Zudem war er zweimaliger Weltmeister im Straßen-Einzelrennen. Neben seinem sportlichen Erfolg war er von 1958 bis 1990 Volkskammerabgeordneter. Von 1998 bis 2002 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

27. April 2013

18.00 Uhr
Schleswig-Holstein-Haus
Puschkinstr. 12

Eintritt: 6,- € / erm. 4,- €
Kartenvorverkauf und Reservierung: 0385 5555 27

Veranstalter:
Schleswig-Holstein-Haus

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Heraus zum 1.Mai

DGB

1. MAI UNSER TAG

1. MAI 2013

GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE. SOZIALES EUROPA.

1. Mai 2013
in Schwerin auf dem Markt
10.00 – 13.00 Uhr

- Zur Kundgebung redet Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Bezirk Nord
- Interkulturelles Bühnenprogramm
- Podiumsdiskussion mit Kandidaten zur Bundestagswahl
- Informations- und Diskussionsangebote von Gewerkschaften, Parteien, Vereinen und Verbänden
- Speisen und Getränke, Bastel-, Malstraße, Hüpfburg